

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 3

Artikel: Presse in Polen
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093519>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Laszlo Revesz zu einem weiteren Aspekt des Warschauer Liquidationsprogramms

Presse in Polen

In der letzten Nummer hat Prof. Revesz über die Abwürgung der polnischen Jugendbewegung berichtet. Heute spricht er über die Behandlung der polnischen Presse.

Nach dem August 1980 hatte die Presse in Polen eine Entwicklung zum Pluralismus zurückgelegt, die für sozialistische Verhältnisse fast unvorstellbar war.

Pluralismus...

Osteuropäische (ungefähre) Präzedenzfälle lagen damals weit zurück. In Ungarn hatte die Freiheit von 1956 nur sehr kurz gedauert. Im «Prager Frühling» von 1968 wiederum war als erstes die Pressezensur praktisch zusammengebrochen, lange bevor sie am 26. Juli 1968 nominell aufgehoben, respektive auf Staats- und Wirtschaftsgeheimnisse eingeschränkt wurde.

Auch in Polen wurde die relative Freiheit zuerst von den Medien praktisch in Anspruch genommen und dann nachträglich durch ein Gesetz sanktioniert.

Das ziemlich liberale Zensurgesetz vom 31. 7. 1981 (siehe ZB, Nr. 17/1981) schränkte die Aktivitäten der Zensurbehörde («Hauptamt für Presse, Publikationen und öffentliche Vorführungen») auf Staats- und Wirtschaftsgeheimnisse ein und sah gerichtliche Berufungsmöglichkeiten gegen Zensureingriffe vor. Auch war die Redaktion ermächtigt, zensierte Stellen im Text zu vermerken.

Für einen tatsächlichen pluralistischen Geist in der Presse sorgten in der fraglichen Zeitspanne vor allem die Wochenzeitung der Gewerkschaft Solidarnosc, der «Tygodnik Solidarnosc», dann die verschiedenen Bulletins der regionalen Solidarnosc-Organe, ferner einige kirchliche Presseerzeugnisse, die Studenten- und Schülerzeitungen sowie bestimmte Betriebszeitungen. Die «internen Publikationen» der gesellschaftlichen Organisationen (wie gerade der unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc) sowie wissenschaftliche Publikationen waren von der Zensur befreit.

... und Abwürgung

Das Sowjetsystem kann ohne Zensur nicht funktionieren, und als man zu seiner Wiederherstellung am 13. Dezember 1981 den Kriegszustand ausrief, wurde auch das neue Zensurgesetz «suspendiert».

Inzwischen ist der Kriegszustand selber «suspendiert» (und durch Sondervorschriften ersetzt) worden, aber die Bestimmungen von 1981 treten «noch nicht» in Kraft, obwohl man sie formell nicht für ungültig erklärt hat. Die Kontrolle auf dem publizistischen Sektor wird weiterhin nach

den Regeln des Kriegszustandes ausgeübt. Ebenso bleibt es bei der (kriegsrechtlichen) Gesetzgebung «gegen illegale Veröffentlichungen und gegen Manifestationen» (Justizminister Sylwester Zawadzki, «Polityka», Warschau, 18. 12. 1982).

Es war das Gebiet der Massenmedien und der öffentlichen Vorstellungen, welches nach der Gewerkschafts- und Jugendbewegung vom Kriegszustand am meisten betroffen wurde. Viele Schauspieler und andere darstellende Künstler weigern sich seit einem Jahr, am Radio oder Fernsehen aufzutreten, und ihre Boykottbewegung hält jetzt, Anfang 1983, immer noch an. Zur Strafe hat man ihre Organisation, die seit Dezember 1981 suspendiert gewesen war, im Herbst 1982 definitiv aufgelöst.

Ähnliches gilt vom Theater. Sowohl die Vorstellungen- als auch die Besucherzahlen sind zurückgegangen. Die zentrale Parteizeitung schrieb im letzten Herbst: «Man ist bereit, für alles die Krise oder die Zensur verantwortlich zu machen. Der Rückgang der Zuschauerzahlen hat aber nicht erst gestern begonnen. (...) Unsere Redaktion empfahl schon im Frühjahr 1982 eine Diskussion über das Nationaltheater, aber niemand hat auf den Vorschlag reagiert.» («Trybuna Ludu», Warschau, 29. 11. 1982).

Die Säuberung

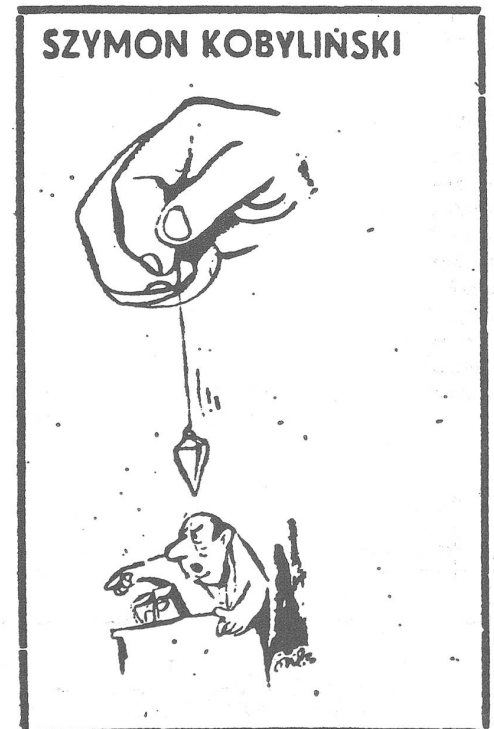
Seit der Ausrufung des Kriegszustandes sind viele Intellektuelle auf die Strasse gesetzt worden. Die grössten Säuberungen galten wahrscheinlich dem Hochschulwesen, wo man viele Oberassistenten, Assistenten und Adjunkte entliess. Aber in Pressekreisen räumte man kaum weniger auf. Schon bald nach dem 13. Dezember 1981 setzte die Säuberung in allen Redaktionen ein; das Vorgehen nannte man «Gespräche mit Journalisten». In etlichen Fällen berief man auch sogenannte Kameradschaftsgerichte ein, um unerwünschte Elemente von ihren Posten zu entfernen.

Selbst in regimenehmen Journalistenkreisen meldete man öffentlich Zweifel am Vorgehen der «Sonderkommissionen» und «Ehrengerichte» an. In der Wochenzeitung «Polityka» (Nr. 31/1982) kritisierte Daniel Passant die «Überprüfungen» und ihren Stil: «Die «Operation» wurde insgeheim durchgeführt, was einen schlechten Geschmack hinterlassen kann.» Passant protestierte auch gegen die Zusammenstellung von Listen verbotener Autoren und Themen: «Ihr sollt die

Leute nicht nach ihren Namen, sondern nach ihren Texten beurteilen. Jeder mag seinen Text jeder Redaktion unterbreiten, und dort soll der Inhalt gewertet werden und nicht die Person des Verfassers.»

Demgegenüber hat der Regierungssprecher Jerzy Urban – selber ein bekannter Journalist – die Säuberungen unter seinen Kollegen als Minimum bezeichnet («Tu i Teraz», Warschau, 6. 10. 1982): «Die Überprüfung hat zum Ziel, die politisch extrem oppositionellen Journalisten zu entfernen oder zu versetzen. (...) Da sich vor dem 13. Dezember (1981) die Mehrheit der Journalisten auf der andern Seite der Barrikade befand (!), erachte ich die Überprüfung als mild. Sie geht nicht über die Notwendigkeit hinaus. Ohne eine gemässigte Säuberung wäre es nicht möglich, die Aufgaben und Ziele des Kriegszustandes zu erfüllen. Die Forderung von Daniel Passant in bezug auf eine «Amnestie in der Branche» entspricht nicht den Realitäten. (...) Die Entscheidung der Überprüfung haben sich auf bestimmte politische Verhaltensweisen bezogen. (...) Eine Amnestie kann sich nur auf Personen beziehen, die sich in einer Zwangssituation befanden, und Journalisten gehören nicht dazu. (...) Ich halte eine spätere individuelle Rückkehr zum Beruf für möglich, bin jedoch der Auffassung, dass es für die Glaubwürdigkeit (!) der polnischen Journalistik ungünstig gewesen wäre, wenn es bei 90 Prozent der Mitarbeiter keine Veränderungen gegeben hätte.»

Urban fügte hinzu, es sei nicht zu «allzuvielen Ausschlüssen» aus dem Beruf gekommen, und zwar deshalb, weil die meisten Journalisten nach dem 13. Dezember 1981 ihren Beruf freiwillig aufgegeben haben. (Man muss hierbei noch daran denken, dass es sich um lauter Leute handelt,



Lotrecht ausgerichtet. («Polityka», Warschau, 29. 1. 1983)



Solidarność

*W następnym
32-stronicowym
numerze, ostatnim
w tym roku, drukujemy
książkę Krystyny Kersten
„Historia polityczna
Polski 1944 – 1956”*

Die letzte Nummer der Gewerkschaftszeitung «Tygodnik Solidarnosc» erschien am 11. Dezember 1981.

die von der Partei für ihren Beruf erzogen worden waren.)

Die «extremen» Journalisten werden mit den «Konspirationen» der Opposition in Verbindung gebracht, das heisst mit den freien Presseerzeugnissen, gegen die das Militärregime gewaltsam vorging. Unmittelbar nach der Suspendierung des Kriegszustandes erklärte der Stellvertretende Innenminister, General Stachura:

«Dieses Jahr hat man in Polen die Tätigkeit von 677 illegalen Verschwörergruppen aufgedeckt und eingestellt; man hat 366 Produktionsstätten illegaler Literatur liquidiert. Es sind 1196 verschiedene Vervielfältigungseinrichtungen und 468 Schreibmaschinen konfisziert worden, ebenso 730000 Flugblätter, 340000 illegale Broschüren und Veröffentlichungen, mehr als 4000 Plakate. Man hat 11 illegale Radiosender liquidiert.»

Neuer Verband

Letztes Jahr ist das Regime darangegangen, für «seine» Journalisten eine neue Organisation zu schaffen. Das geschah «auf Wunsch der Journalisten». Die Presse berichtete im März 1982 über diesbezügliche Anträge der nicht ausgeschlossenen Redaktionsmitglieder an Jaruzelski, die bisherige Organisation auch formell aufzulösen und eine neue zu bilden. Als Beispiel wurde u. a. Lodz zitiert, wo 85% der noch arbeitenden Journalisten einen solchen Antrag gestellt hätten.

Ferner sollen 52 Mitarbeiter der «Trybuna Ludu» dabei gewesen sein.

Die neue Organisation nennt sich Vereinigung der Journalisten der Volksrepublik Polen (SD-PRL) und entstand am 20. März 1982. Die Gründungsversammlung verabschiedete eine Programmdeklaration und ein provisorisches Statut. Alle Gremien haben provisorischen Charakter: die provisorische Hauptverwaltung der Verbandsleitung, das provisorische zentrale Pressegericht (mit Filialen in den Wojewodschaften), das «provisorische Interventionskomitee». Der Kriegszustand wurde von den Anwesenden als richtig und wichtig befunden.

In der Programmdeklaration hiess es unter anderem: «Die neue Organisation entspricht dem Programm der Partei. (...) Sie spricht sich für die konsequente Verwirklichung der Ideen aus, wie sie von der PVAP formuliert worden sind. (...) Wir trennen uns von der Praxis der Propaganda der letzten Jahre. (...) Wir werden erneut an der Tätigkeit der Internationalen Journalistenorganisation (sowjet gelenkt, Sitz in Prag; Anm.) teilnehmen.» («Rzeczpospolita», 22. 3. 1982)

Ende 1982 wurde auch der Leiter der Abteilung für Presse, Radio und TV im Zentralkomitee der Partei, Jozef Klasa, abgelöst und auf einen diplomatischen Posten versetzt.

Der frühere Presseverband, die Vereinigung Polnischer Journalisten (SDP), wurde am 19. März 1982 formell aufgelöst. In der offiziellen Begründung hiess es, die SDP habe sich auf statutenwid-

rige Weise mit Politik beschäftigt (!). Als Beispiel nannte man die Verbandsunterstützung für einen Pressetag, der von «extremen Elementen der Solidarnosc» organisiert worden war.

Bis zum November 1982 hatte die neue Organisation 1500 Mitglieder; ferner würden 4500 Aufnahme gesuche überprüft.

Die Verbandsführung organisiert neben Jahreskursen für künftige Journalisten auch Sprachkurse (Englisch, Französisch, Deutsch, Russisch – in dieser Reihenfolge) und hat bis zum letzten Spätherbst auch 13 «schöpferische Klubs» für bestimmte journalistische Sparten wie Parteifragen, Kultur usw. gebildet. Neuerdings reaktiviert man insbesondere auch die «Klubs für Militärpublizistik» («Zolnierz wolnosci», Warschau, 7. 1. 1983).

Reglementierung

In Polen will das Regime die gegenwärtige Gesetzesinflation auch auf dem Gebiet von Presse und Information fortsetzen. (1982 wurden 42 Gesetze neben unzähligen veröffentlichten oder nichtveröffentlichten Verordnungen verabschiedet.)

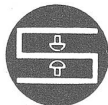
Die Absicht besteht, ein neues Pressegesetz zu schaffen, unter ganz andern Vorzeichen freilich, als es 1980 versprochen worden war. Die eingestandene Schwierigkeit besteht darin, es mit dem liberalen Zensurgesetz vom Juli 1981 in Übereinstimmung zu bringen, was laut Aussage der entsprechenden Sejm-Kommission «nicht möglich» ist.

Weitere Gesetze, die sich auf die Presse auswirken sollen, sind in Vorbereitung: ein Gesetz über Staats- und Wirtschaftsgeheimnisse, ein Gesetz über die Polnische Presseagentur (PAP), ein Gesetz über das Staatskomitee für Radio und TV sowie ein neues Verlagsgesetz («Prawo i zycie», Warschau, 30. 10. 1982).

★

Alle Bemühungen sind darauf gerichtet, jedes Wiederaufkommen einer pluralistischen Entwicklung unmöglich zu machen. Wie die «Trybuna Ludu» (am 12. 3. 1982) erklärt hatte: «Es gibt keinen Pluralismus im Interesse der Werktätigen.» Und es gibt keine Stimme mehr für die Werktätigen selber. ■

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 4127 75

... Steiger druckt's